

# INHALT

<b>EDITORIAL .....</b>	<b>7</b>
<b>UMKÄMPFTE SOLIDARITÄTEN .....</b>	<b>9</b>
BRIGITTE BARGETZ, ALEXANDRA SCHEELE, SILKE SCHNEIDER	
Umkämpfte Solidaritäten. Einleitung .....	9
INGA NÜTHEN	
Schwul-lesbische Klassenpolitiken: mit Lesbians and Gays Support the Miners (LGSB) politische Solidarität unter Bedingungen von Differenz denken .....	26
KIRSTEN ACHELNIK	
Eingeschränkte Solidarität – Feminismus zwischen Ableism und Intersektionalität ....	40
MAREIKE GEBHARDT	
Flüchtige Präsenz. Umkämpfte Solidaritäten des EU-Migrationsregimes .....	54
CHRISTINE M. KLAPEER	
Transnationale queere Solidarität als „burden of the fittest“? Zur Problematik einer Einpassung von LGBTIQ*-Rechten in die Logik von Entwicklungszusammenarbeit .....	67
JOHANNA LEINIUS	
Feministische Solidarität als Kosmopolitik .....	81
ESTHER M. FRANKE, CARLA WEMBER	
„The Power of Food to Bring People Together and Create Common Ground“ – Affektive Dissonanz und transnationale Solidarität in einem Ernährungsnetzwerk ...	94
LAURA MOISI	
Etwas stimmte nicht. Narrative Allianzen und retrospektive Zeug*innenschaft .....	107

**FORUM ..... 121**

JESSICA BOCK

Kein einzig Schwesternland. Über die bestehende Un-Einigkeit zwischen ost- und westdeutscher Frauenbewegung ..... 121

SANDRA MATTHÄUS

Der ‚Osten‘ als Teil ‚des Westens‘ und ‚des Rests‘. Eine unmöglich knappe Skizze der Potenziale Postkolonialer Theorien für eine Analyse ‚des Ostens‘ ..... 130

BRIGITTE YOUNG

Haben Ostfrauen heute noch einen nachweisbaren ökonomischen Vorteil gegenüber Westfrauen? ..... 136

JUDITH C. ENDERS

Feminismus und Mütterlichkeit – ein Ost-West Thema? ..... 140

**TAGESPOLITIK ..... 146**

SARAH CLASEN

Wer bestimmt über den weiblichen Körper? Worum es in der Auseinandersetzung um §219a StGB wirklich geht ..... 146

HENRIKE BLOEMEN. GABRIELE WILDE

Genderdiskurse im bundesdeutschen Europawahlkampf 2019: Zwischen feministisch- demokratischem Aufbruch und rechtsautoritärer Aushöhlung ..... 150

ANGELIKA VON WAHL. GABRIELE ABELS

Ursula von der Leyen als EU-Kommissionspräsidentin – ein gleichstellungspolitischer Erfolg? Zwei Positionen ..... 154

CHRISTINE LÖW

Kämpfe gegen die Enteignung natürlicher Ressourcen – (k)ein feministisches Thema? ..... 160

**NEUES AUS LEHRE UND FORSCHUNG ..... 165**

Kurznachrichten ..... 165

JOHANNA ELLE. DANIELA MÜLLER

Gender, Flucht, Aufnahme – Einblicke in die Verschränkung von ethnographischer Forschung und medialer Diskursanalyse ..... 170

REBECCA GULOWSKI Zwischen Entfremdung und Empowerment: Zur Thematisierung sexualisierter Gewalt in der Hochschullehre .....	174
<b>REZENSIONEN .....</b>	<b>182</b>
ERIC LLAVERIA CASELLES Perspektiven aus den Trans*Studies. Zwischen anhaltender Gewalt und gesellschaftlichen Transformationsprozessen .....	182
GABRIELE ABELS Susan Franceschet, Mona Lena Krook, Netina Tan (Hg.): The Palgrave Handbook of Women’s Political Rights .....	185
REGINA FREY Arn Sauer: Equality Governance via Policy Analysis? The Implementation of Gender Impact Assessment in the European Union and Gender-based Analysis in Canada .....	187
ANNE JENICHEN Yanina Bloch: UN-Women. Ein neues Kapitel für Frauen in den Vereinten Nationen .....	190
HEIKE MAUER Beate Kortendiek, Birgit Riegraf, Katja Sabisch (Hg.): Handbuch Interdisziplinäre Geschlechterforschung .....	192
DENISE BERGOLD-CALDWELL. ELEONORE WIEDENROTH-COULIBALY Natasha A. Kelly (Hg.): Schwarzer Feminismus – Grundlagentexte .....	195
<b>ANKÜNDIGUNGEN UND INFOS .....</b>	<b>198</b>
Call for Papers: Heft 2/2020 der Femina Politica: Feministische Perspektiven auf reproduktive Rechte und Politiken der Reproduktion (Arbeitstitel) .....	198
Neuerscheinungen .....	202
<b>AUTOR_INNEN DIESES HEFTES .....</b>	<b>205</b>

# Umkämpfte Solidaritäten

## Einleitung

BRIGITTE BARGETZ. ALEXANDRA SCHEELE. SILKE SCHNEIDER

Die Frage nach politischen Solidaritäten ist aktuell so präsent wie umkämpft. Bereits seit längerer Zeit lassen sich im Zuge neoliberaler Transformationen Prozesse beschleunigter Individualisierung sowie Dynamiken staatlicher und gesellschaftlicher Entsolidarisierung beobachten, die teils bestehende Ungleichheiten und Differenzsetzungen verschärfen, teils neue (mit) hervorbringen. Mit den Tendenzen zur Autoritarisierung im globalen Norden werden diese Politiken radikalisiert: wenn sich etwa rechte und rechtspopulistische Bewegungen und Parteien unter nationalistischen und rassistischen Vorzeichen auf Solidarität berufen und diese damit als „exkludierende Solidarität“ (Flecker/Altreiter/Schindler 2018, 245) entwerfen.<sup>1</sup> Zugleich sind auch neue Solidarisierungsbewegungen zu beobachten: Transnationale Solidarisierungen im Engagement mit und für Geflüchtete(n) zeugen hiervon ebenso wie transnationale soziale Bewegungen wie #BlackLivesMatter, #NiUnaMenos oder #MeToo.

Es ist daher wenig verwunderlich, dass Fragen nach der Bedeutung und (Neu-)Konzeptionierung politischer Solidaritäten seit einigen Jahren verstärkt auch die sozialwissenschaftliche Forschung beschäftigen (u.a. Stjernø 2005; Scholz 2008; Featherstone 2012; Kneuer/Masala 2015; Adamczak 2017; Große Kracht 2017; Prainsack/Buyx 2017; Bude 2019; Koos 2019). Nicht zuletzt tragen die multiplen Krisenkonstellationen der vergangenen Jahre zu einer neuen Konjunktur des Solidaritätsbegriffs bei, der gewissermaßen als „aus der Krise geborenes Wort für das Verlangen nach Konsensus“ (Metz 1998, 180) verstanden werden kann. Nahezu scheint es so, als ob die „relative Randständigkeit des Solidaritätsbegriffs“, die Kurt Bayertz (1998, 13) noch vor rund 20 Jahren konstatierte und die insbesondere für die Politikwissenschaft bezeichnend ist (Kneuer/Masala 2015, 8), in den vergangenen Jahren ebenso zahlreich wie ideenreich konterkariert worden wäre. Eine zentrale Rolle spielen dabei feministische, queere und antirassistische Ansätze. Gerade weil die Frage nach den (Un-)Möglichkeiten binnenfeministischer Solidarität die feministischen Auseinandersetzungen seit Jahrzehnten prägt, stellen sie ein instruktives Archiv für Konzeptionierungen von Solidarität dar. Zugleich setzen sich feministische Forschungen in letzter Zeit (wieder) zunehmend – sowohl empirisch als auch theoretisch – mit der umkämpften Frage nach Bündnispolitiken und Möglichkeiten kollektiven Handelns

auseinander (u.a. Hemmings 2012; Dübgen 2014; Feministische Studien 2015; Mertlitsch 2016; Günther 2019; Wiedlack/Shoshanova/Godovannaya 2019).

Doch was ist eigentlich gemeint, wenn von Solidarität die Rede ist? Was genau wird in den sozialwissenschaftlichen Blick genommen, wenn Solidaritäten untersucht werden und worauf zielen feministische und antirassistische Perspektiven auf Solidarität? Offensichtlich ist, dass Solidarität im Sinne von Solidaritätserklärungen mit einer Selbstpositionierung und mit Haltungen und dem Handeln von Individuen, Gruppen und auch Organisationen zu tun hat. Diese erklären sich solidarisch mit unterschiedlich definierten Minderheiten, Marginalisierten, Ausgegrenzten, Diskriminierten, sozial schwachen Menschen oder mit Betroffenen von Hunger, Gewalt oder Krieg. In sozialstaatlicher Perspektive bedeutet Solidarität historisch gleichermaßen die soziale Teilhabe und (politische) Partizipation wie die Einhegung kapitalismuskritischer Kämpfe. Solidarität erscheint dabei als das Gegenteil von Zweckrationalität, d.h. aus solidarischen Haltungen und Handlungen erwächst nicht zwangsläufig ein individueller Nutzen. Rechtsstaatlich gesehen meint Solidarität traditionell Minderheitenschutz und Schutz vor Diskriminierung. Weiterhin besitzt Solidarität eine Prozess- und Handlungsdimension: Wenn Solidarität die Entscheidung für eine bestimmte politische Position, für einen bestimmten politischen Kampf bedeutet, ist es interessant die Bedingungen zu untersuchen und zu identifizieren, die solche Entscheidungen mit hervorbringen. Zugleich rückt so eine normative Komponente von Solidarität ins Licht, die auch mit Blick auf historische Emanzipationskämpfe deutlich wird – Solidarität gegen Macht- und Herrschaftsverhältnisse, Solidarität mit Marginalisierten, Solidarität als Kämpfe für ein allgemeines Wohl.

Solidarität unter Frauen\*<sup>2</sup> bildet das Fundament des Feminismus, der als eine ebenso dynamische wie vielfältige Bewegung des Denkens und Handelns mit dem Ziel der Überwindung hierarchischer Geschlechterverhältnisse und vergeschlechtlicher Machtverhältnisse im Kontext eines insgesamt an sozial-emanzipatorischen Zielen und Kriterien orientierten gesellschaftlichen Wandels verstanden werden kann (Kurz-Scherf/Lepperhoff/Scheele 2009). Feminist\*innen erklären sich beispielsweise solidarisch mit Frauen\*bewegungen, mit feministischen Kämpfen um globale Geschlechtergerechtigkeit und gegen vergeschlechtlichte Gewalt oder mit der Infragestellung hierarchischer Zweigeschlechtlichkeit und den darin eingeschriebenen Begehrensstrukturen und Existenzweisen. Allerdings sind bereits in der Idee einer Solidarität unter Frauen\* Konflikte und Widersprüche angelegt: Mitnichten gibt es das *eine* gemeinsame Interesse, den *einen* gemeinsamen Kampf für die *eine* gemeinsame gute Sache. Vielmehr sind Idee und Praxis der Solidarität umkämpft.

Es erscheint uns daher sinnvoll, die Frage danach, wie (feministische) Solidarität zu fassen ist, *erstens* unter der Prämisse zu betrachten, dass politische Positionen, Haltungen und Handlungen nicht deckungsgleich sind, sondern sich im Sinne eines Commitments in einzelnen sozialen Kämpfen Schnittmengen einer „politischen Solidarität“ bilden können, so der Begriff, den bell hooks bereits Anfang der 1980er-Jahre vorgeschlagen hat. Solidarität steht nicht ein für alle Mal fest, son-

## Schwul-lesbische Klassenpolitiken: mit Lesbians and Gays Support the Miners (LGSM) politische Solidarität unter Bedingungen von Differenz denken<sup>1</sup>

INGA NÜTHEN

You were miners on strike for your future:  
 For your pits, your communities, ways.  
 We were punks, poets, anarchists, lesbians.  
 Theatre groups, Rastafarians, gays.  
 Different worlds in a rainbow alliance  
 Standing firm and determined to win.  
 And Thatcher lumped us all together:  
 Punk or miner. The enemy within.

(Atilla the Stockbroker 2014)

In den Jahren 1984/85 erlebte Großbritannien den längsten Arbeitskampf seiner Geschichte. Große Teile der britischen Bergbaugemeinden waren im Streik, um die Schließung der staatlichen Minen zu verhindern. Der einjährige Ausstand der National Union of Mineworks (NUM), zu dessen Höhepunkt jeder zweite Bergbauarbeiter die Arbeit niedergelegt hatte, wird zu den großen Streiks des 20. Jahrhunderts gezählt (Marcks/Seiffert 2008). Er gilt als erstes massenhaftes Aufbegehren gegen die konservative, neoliberale Politik der Thatcher-Regierung, die Gesellschaft wie Gewerkschaften in Großbritannien spaltete (Fischer 1999; Milne 2014; Steber 2017). Gleichzeitig wurde der Streik von einer breiten Unterstützung für die Bergbaugemeinden und gegen die Politiken der damaligen Regierung unter Margaret Thatcher begleitet (Featherstone et al. 2018; Fischer 1999). Der Musiker und Dichter Atilla the Stockbroker (2014) verweist im eingangs zitierten Gedicht auf diese Allianzen, die dazu beitrugen, dass der Streik trotz seines Scheiterns als Moment einer großen gruppenübergreifenden Solidaritätsbewegung mit weitreichenden Politisierungseffekten in Erinnerung geblieben ist: Während die Einzelgewerkschaften nicht einheitlich hinter der NUM standen, waren die gewerkschaftliche Basis und marginalisierte Gruppen vor allem im großstädtischen Milieu zur Unterstützung bereit (Fischer 1999, 206). Die Geschichte von Lesbians and Gays Support the Miners (LGSM), einer schwul-lesbischen Londoner Unterstützungsgruppe, ist seit ihrer Darstellung im Spielfilm „Pride“ (2014) aus den Archiven ins öffentliche Gedächtnis gelangt.<sup>2</sup> Die Politiken dieser Gruppe und ihre Unterstützung für streikende Gemeinden in Südwales stehen im Mittelpunkt meiner Reflexion über Solidarität. Untersucht wurde der größte Streik in der Geschichte Großbritanniens bisher vor allem in Bezug auf seine Auswirkungen auf britische Gewerkschafts-, Wirtschafts-

und Sozialpolitik: Der einjährige Ausstand gilt als historische Zäsur, die die Rolle der britischen Gewerkschaften nachhaltig veränderte und schwächte (Adeney/Lloyd 1988) und die mit einem Sieg neoliberaler Wirtschafts- und Sozialpolitik einherging (Marcks/Seiffert 2008) oder zumindest deren Durchsetzung beschleunigte (Fischer 1999). Darüber hinaus sind neue Solidaritätsnetzwerke (Featherstone et al. 2018; Kelliher 2017) und die spezifische Rolle von Frauen während des Streiks Gegenstand der Analysen (Fischer 1999; Sutcliffe-Braithwaite/Thomlinson 2018). Auch zur Geschichte von LGSM gibt es erste wissenschaftliche Arbeiten (Kelliher 2014, 2015; Leeworthy 2016). Bisher noch nicht ausbuchstabiert wurde das Konzept von Solidarität, das den Politiken von LGSM zugrunde liegt.

Dabei ist LGSM nicht nur durch den Film „Pride“ zur Chiffre für Solidarität geworden (Schüler-Springorum 2015). Auch ehemalige Aktivist\*innen und Beobachter\*innen referieren auf die Gruppe als Symbol für Einheit und Solidarität (Field 2016, 23; Featherstone et al. 2018; Kelliher 2015). Aus diesen Gründen möchte ich das Konzept von Solidarität herausarbeiten, das sich im Anschluss an die Zusammenarbeit von LGSM mit den Bergbaugemeinden als „one of the most unlikely alliances“ (Tate/LGSM 2017, 8) formulieren lässt. Als Grundlage hierfür dienen mir die wissenschaftlichen Arbeiten zu LGSM (Kelliher 2014, 2015; Leeworthy 2016) sowie Zeitzeug\*innenberichte von LGSM-Mitgliedern und Akteur\*innen der Bergbaugemeinden (Field 2016; Francis 2015; Joannou 2016; Nüthen 2017; Tate/LGSM 2017). Ziel meines Artikels ist nicht eine historische Aufarbeitung der Ereignisse – dafür bieten die herangezogenen Quellen einen zu partiellen Einblick –, sondern die Frage danach, wie sich Solidarität im Anschluss an die Geschichte von LGSM konzeptionieren lässt. Gerade in den Erfahrungsberichten wird das Gefühl der Solidarität, die affektive Bindung an die Ereignisse greifbar.

Generell ist Solidarität ein bisher wenig theoretisierter Begriff, dessen Bedeutung nicht klar umrissen und gleichzeitig umkämpft ist (Bayertz 1998; Kreisky 1999). Unter Solidarität wird im Allgemeinen die wechselseitige Unterstützung zwischen Individuen oder Gruppen auf der Basis gemeinsamer Interessen und Überzeugungen verbunden mit einem Zugehörigkeitsgefühl verstanden (Groser 2002). Mit dem Verweis auf (potenzielle) Gegenseitigkeit und eine grundsätzliche Gleichheit der Beteiligten lässt sich Solidarität explizit von Konzepten wie Wohltätigkeit abgrenzen (Bayertz 1998, 43). Inhaltlich ist Solidarität damit jedoch noch nicht gefüllt, sie muss nicht per se emanzipatorischen Gehalt haben, d.h., sie zielt nicht notwendigerweise auf die Überwindung von Herrschaftsverhältnissen. Um den Gehalt dieses kontingenten Begriffs zu bestimmen, bietet es sich daher an, ihn anhand konkreter Praxen zu konzeptionieren. In diesem Sinne nehme ich LGSM zum Ausgangspunkt für eine Reflexion darüber, wie sich Solidarität als emanzipatorisches Konzept denken lässt. Damit möchte ich auch einen Beitrag zu Debatten leisten, die Klassen- und Sexualitätspolitik nicht als sich gegenseitig ausschließend verstehen (vgl. u.a. van Dyk 2019). Mein Artikel besteht aus drei Teilen. In einem ersten Schritt stelle ich LGSM als Beispiel für schwul-lesbische Klassenpolitiken vor, die Solidarität nicht auf eine

**Marcks, Holger/Seiffert, Matthias** (Hg.), 2008: Die großen Streiks: Episoden aus dem Klassenkampf. 1. Auflage. Münster.

**Milne, Seumas**, 2014: The Enemy Within. The Secret War Against the Miners. 4. Auflage. London.

**Mohanty, Chandra T.**, 2003: Feminism without Borders. Decolonizing Theory, Practicing Solidarity. Durham, London.

**Nüthen, Inga**, 2017: Solidarity comrade – That’s what I would call real intersectionality. Ein Gespräch mit Ray Goodspeed (Gründungsmitglied der englischen Gruppe „Lesbians and Gay Men Support the Miners“). In: Feministische Studien. 35 (2), 281-298.

**O. A.**, 2011: Rachael Webb (1940-2009) Lorry Driver, Housing Officer, Councillor, Activist. In: A Gender Variance Who’s. Internet: <https://zagria.blogspot.com/2011/07/rachael-webb-1940-2009-lorry-driver.html?m=1> [24.2.2019].

**Pride**, 2014: Regie: Matthew Warchus; Drehbuch: Stephen Beresford. Großbritannien: Calamity Films. DVD. 119 Minuten.

**Robinson, Lucy**, 2007: Gay Men and the Left in Post-war Britain. Manchester.

**Scholz, Sally J.**, 2007: Political Solidarity and Violent Resistance. In: Journal for Social Philosophy. 38 (1), 38-52.

**Scholz, Sally J.**, 2008: Political Solidarity. University Park.

**Schüler-Springorum, Stefanie**, 2015: Solidaritäten im Film: Pride. In: Feministische Studien. 33 (1), 141-142.

**Steber, Martina**, 2017: Fundamentals at Stake: The Conservatives, Industrial Relations and the Rhetorical Framing of the Miners’ Strike in 1984/1985. In: Contemporary British History. 32 (1), 60-77.

**the Stockbroker, Atila** (2014): Never forget. Internet: <https://www.youtube.com/watch?v=KaQSh01C-h4> (4.10.2018)

**Sutcliffe-Braithwaite, Florence/Thomlinson, Natalie**, 2018: National Women Against Pit Closures: Gender, Trade Unionism and Community Activism in the Miners’ Strike, 1984-5. In: Contemporary British History. 32 (1), 78-100.

**Tate, Tim/LGSM**, 2017: Pride: The Unlikely Story of the Unsung Heroes of the Miners’ Strike. London.

**Zander, Michael**, 2018: Gegen jede Unterdrückung. Historische Alternativen zur Gegenüberstellung von Klassen- und Identitätspolitik. In: Friedrich, Sebastian/Redaktion analyse & kritik (Hg.): Neue Klassenpolitik. Berlin, 70-77.

## Eingeschränkte Solidarität – Feminismus zwischen Ableism und Intersektionalität

KIRSTEN ACHELNIK

Wenn heute Rückschau gehalten wird auf die Auseinandersetzungen über Pränataldiagnostik (PND) und Abtreibung zwischen der Behindertenbewegung und der Frauenbewegung in der Bundesrepublik der 1980er-Jahre, wird oft auf das extrem polarisierende Interview in der Zeitschrift konkret mit AktivistInnen beider Be-

wegungen verwiesen, das 1989 unter dem Titel „Krüppelschläge“ veröffentlicht wurde (Christoph et al. 1989).<sup>1</sup> Meist wird dann von einem zerstörten Verhältnis und unüberbrückbaren Gegensätzen ausgegangen. Diese Bewertung geht von der impliziten Annahme aus, dass sich ganze Bewegungen miteinander solidarisch verhalten müssten. Für realistischer und produktiver halte ich es, *Bewegungsströmungen* auf ihre Potenziale zu bewegungsübergreifender, intersektionaler Solidarität zu befragen. Dies würde größere Möglichkeiten eröffnen, Bewegungen nicht als monolithisch, sondern als komplex, dynamisch und teilweise widersprüchlich begreifen zu können. Beim Ringen um bewegungsinterne Bedeutungsmacht kann die Ausweitung eines bestehenden Bewegungskonsenses allerdings als Aufkündigung der bisherigen bewegungsinternen Solidarität und somit als Verrat abgewehrt werden.

Im Folgenden werde ich schlaglichtartig die Frage untersuchen, wie Solidarität innerhalb und zwischen verschiedenen Bewegungen funktionieren kann. Dazu werde ich zunächst aus dem mannigfaltigen Gebrauch des Solidaritätsbegriffs eine Konzeptionalisierung entwickeln, die die zwischen Behinderten- und Frauenbewegung relevanten Aspekte von Solidarität begreifbar macht. Die Grundlage der anschließenden Analyse bildet ein Abriss der Bewegungsgeschichte beider Bewegungen. Auf dieser Basis werden im Mittelpunkt meines Beitrags vier Texte analysiert, die zwischen den beiden feministischen Kongressen gegen Reproduktionstechnologien ab Mitte der 1980er-Jahre entstanden sind. Diese eignen sich besonders, um exemplarisch unterschiedliche Herangehensweisen an Solidarität zu illustrieren. Dadurch soll die bisher unterbelichtete Dynamik zwischen verschiedenen randständigen Bewegungsströmungen beleuchtet und mit Blick auf die Möglichkeiten bewegungsübergreifender intersektionaler Solidarität diskutiert werden.

## Welche Solidarität?

Der Begriff der Solidarität wird in verschiedenen Disziplinen unterschiedlich verwendet, auch unter Soziolog\*innen gibt es keine einheitliche Definition. Dies ist bei lange und in unterschiedlichen Kontexten verwendeten Containerbegriffen nicht ungewöhnlich. Eine umfassende Darstellung der unterschiedlichen soziologischen Konzepte hat Kurt Bayertz (1998) vorgelegt. Er unterscheidet vier Verwendungsweisen des Solidaritätsbegriffs: als allgemeine Brüderlichkeit, als Bindemittel der gesellschaftlichen Einheit, als Begründung für sozialstaatliche Leistungen und als Kampfbegriff sozialer Bewegungen, wobei er nur die beiden letzteren als nachvollziehbare Bedeutungsvarianten gelten lässt (ebd., 49). Solidarität als Kampfbegriff sozialer Bewegungen ist das für meine Untersuchung sinnvollste Konzept. Diese Solidarität zeichnet sich durch „die Bereitschaft eines Individuums oder einer Gruppe (aus), einem anderen Individuum oder einer anderen Gruppe bei der Durchsetzung seiner oder ihrer Rechte zu helfen“ (ebd.). Ähnliche Interessen reichen, Bayertz zufolge, als Motivation nicht aus (ebd., 45), vielmehr braucht es ein

## Flüchtige Präsenz. Umkämpfte Solidaritäten des EU-Migrationsregimes

MAREIKE GEBHARDT

Europa (...) inszeniert sich unter Ausblendung oder sagen wir lieber im Spiegel der über 30.000 Toten im Mittelmeer, die dort ihr Leben als direkte Folge Europäischer Grenzpolitik verloren haben, als Ort des auserwählt Guten, der Werte, als Hort der Geschlechteregalität, der Menschenrechte und im Licht und Spiegel einer ausgeprägten und zunehmend sozialen Ungleichheit doppelzünftig als Raum der Gerechtigkeit. Für diese Inszenierung brauchen wir die Anderen, ihre Hässlichkeit, ihre Gefährlichkeit, ihre Unzivilisiertheit.

(Mecheril/van der Haagen-Wulff 2016, 129)

### Einleitung

Wenn Paul Mecheril und Monica van der Haagen-Wulff in diesem Zitat die Doppelzüngigkeit des europäischen Migrationsregimes kritisieren, verweisen sie auf eine strukturelle Ambivalenz: Während sich Europa<sup>1</sup> als Hort der Menschenrechte und der Solidarität erzählt, basiert seine Identität jedoch auf dem Ausschluss „monströser Anderer“ (Said 1979, 7). Diese Ambivalenz zeigt sich deutlich an den repressiven Maßnahmen, die die europäische Migrationspolitik in den letzten Jahren prägen. Einer der wirkmächtigsten Mechanismen der Alterisierung und Schließung des europäischen Migrationsregimes stellen die Dublin-Verordnungen dar. In ihnen wird deutlich, dass das Narrativ der europäischen Solidargemeinschaft einerseits die Grundlage juridico-politischer<sup>2</sup> Regulierung von Migration bildet, während es andererseits durch eben diese Migrationspolitik ausgehöhlt wird.

Den Gegenstand des Beitrags bilden die Konstruktionen von Solidarität durch das Dublin-System, das eine zweifache Entsolidarisierungsbewegung in Gang setzt: zum einen durch neoliberale Strategien eines utilitaristischen Migrationsmanagements; zum anderen durch rassifizierte und vergeschlechtlichte Migrationspolitiken. Diese zweifache Entsolidarisierungsbewegung kann man als exkludierende Solidarität fassen, die das ‚Fremde‘ ethno-nationalistisch rahmt, essentialistisch fixiert, als bedrohlich maskulinisiert und damit hermetisch vom ‚Eigenen‘ ausschließt. Neben dieser exkludierenden Solidarität eröffnen sich jedoch auch neue Räume transnationaler Solidarisierungen, in denen Migrant\_innen weder paternalistisch als Opfer undemokratischer Systeme stilisiert noch als Bedrohungen des ‚Abendlandes‘ diffamiert werden. Vielmehr schmieden sie solidarische Allianzen untereinander sowie mit europäischen Zivilgesellschaften, um gemeinsam gegen die Ungerechtigkeiten des neoliberalen und rassifizierenden Migrationsmanagements Europas anzukämp-

fen. Dies wird am Beispiel der Gruppe „Lampedusa in Hamburg“ deutlich gemacht. Den theoretischen Referenzrahmen hierfür bildet das radikaldemokratietheoretische Konzept der flüchtigen Präsenz, das im Anschluss an die Arbeiten von Judith Butler, Isabell Lorey und Jacques Rancière entwickelt wird.

## Entsolidarisierungen trotz Solidarität: das europäische Asyl- und Migrationsregime

Das europäische Asylsystem ist als Solidarsystem konzipiert worden. Dieser Geist durchwandert die Verordnung (EG) Nr. 343/2003 (Dublin II), in deren Präambel betont wird, dass „*Gemeinschaftspolitiken* zu den Einreise- und Aufenthaltsbedingungen einschließlich allgemeiner Anstrengungen zur Verwaltung der Außengrenzen“ so gestaltet werden sollen, dass sie zur „Erreichung eines *Gleichgewichts* der Zuständigkeitskriterien im *Geiste der Solidarität*“ beitragen (ebd., 8, Herv. MG). Solidarität verweist hier vor allem auf Interessenausgleich und eine balancierte ‚Lastenverteilung‘ – in Bezug auf finanzielle Ressourcen wie auch im Hinblick auf Asylverfahren. In der Neufassung der Dublin-Verordnung (604/2013) von 2013 (Dublin III) wird „Solidarität“ – neben „Vertrauen“ – zu einem „Kernelement“ des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS): Insbesondere in „Asylkrisen“ soll ein „Prozess der Frühwarnung, Vorsorge und Bewältigung“ initiiert werden, indem die „Lenkung konkreter Maßnahmen *echter und praktischer Solidarität* gegenüber Mitgliedstaaten verbesser(t) (wird)“ (604/2013 (22), Herv. MG). Die Solidaritätssemantik europäischer Migrationspolitik lässt sich anhand der Zitate in einer ökonomistischen Logik verorten. Verstehe ich jedoch mit Sabine Hark und Paul-Irene Villa (2018, 26) Solidarität als den „politische(n) Namen (einer) Praxis, die in der Epistemologie Diskussion und Widerstreit genannt wird“ und als „Alternative sowohl zu totalisierenden Sichtweisen, die die Welt über einen Kamm scheren, wie zum Relativismus, dem die Welt einerlei ist“, beruft sich die Semantik der Dublin-Verordnungen auf eine Pseudo-Solidarität, die lediglich als Fairness effektiver Aufgabendistribution ausgedeutet werden kann.

### Die Solidaritätsappelle des Dublin-Systems

In den letzten Jahren lässt sich eine zunehmende Erosion des europäischen Migrationsmanagements und seiner Solidaritätsbekundungen beobachten. Seit 2012 kollabieren das Dublin- wie auch das Schengen-System. Nicholas de Genova (2017, 11) spricht sogar vom „Tode“ des Schengen-Abkommens, da Ende des Jahres 2015 Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, die Niederlande, Österreich, die Slowakei, Schweden, Spanien und die Tschechische Republik Grenzkontrollen wieder einführten. Die vielbeschworene ‚Flüchtlingskrise‘ lässt sich folglich als Krise des europäischen Migrationsmanagements interpretieren. So hat Italien seit 2011/12 immer wieder darauf verzichtet, Personen nach dem Ersteintritt datentechnisch zu

- Ní Mhaoileoin**, Niamh, 2019: The Ironic Gay Spectator. The Impacts of Centring Western Subjects in International LGBT Rights Campaigns. In: *Sexualities*. 22 (1-2), 148-164.
- Okanlawon**, Kehinde, 2015: Resisting the Hypocritical Western Narrative of Victimhood and Celebrating the Resistance against Homophobia in Nigeria. In: Sandfort, Theo/Simenele, Fabienne/Mwachiro, Kevin/Reddy, Vasu (Hg.): *Boldly Queer. African Perspectives on Same-sex Sexuality and Gender Diversity*. Internet: [https://www.hivos.org/sites/default/files/1\\_boldly\\_queer\\_cover.pdf](https://www.hivos.org/sites/default/files/1_boldly_queer_cover.pdf) (24.3.2019).
- Puar**, Jasbir, 2007: *Terrorist Assemblages: Homonationalism in Queer Times*. Durham.
- Rao**, Rahul, 2014: The Locations of Homophobia. *London Review of International Law*. 2 (2), 169-199.
- Sida**, 2006: Action Plan for Sida's Work on Sexual Orientation and Gender Identity in International Development Cooperation 2007-2009. Department for Democracy and Social Development. Stockholm.
- Spivak**, Gayatri Chakravorty, 2004: Righting Wrongs. In: *South Atlantic Quarterly*. 103 (2/3), 523-581.
- Spivak**, Gayatri Chakravorty, 2007: Feminism and Human Rights. In: Shaikh, Nermeen (Hg.): *The Present as History. Critical Perspectives on Global Power*. New York, 172-201.
- Thoreson**, Ryan Richard, 2014: Troubling the Waters of a 'Wave of Homophobia'. *Political Economies of Anti-Queer Animus in Sub-Saharan Africa*. In: *Sexualities*. 17 (1-2), 23-42.
- Weber**, Cynthia, 2016: *Queer International Relations. Sovereignty, Sexuality and the Will to Knowledge*. Oxford.

## Feministische Solidarität als Kosmopolitik

JOHANNA LEINIUS

### Einleitung

Die feministische Debatte um die Möglichkeiten von politischer Solidarität zwischen heterogenen Akteur\_innen ist eng mit der Frage nach einem transnationalen Feminismus verknüpft. Hier lassen sich grob zwei Stränge unterscheiden (Conway 2017): Während ein Strang die empirisch beobachtbare Konvergenz zwischen Feminist\_innen weltweit betont (Antrobus 2004; Basu 2010; Desai 2008), speist sich ein zweiter Strang aus der normativ-kritischen Debatte zwischen postkolonialen<sup>1</sup> und ‚westlichen‘ Feminismen um Machtasymmetrien und Differenzen zwischen Frauen\* (Grewal/Kaplan 1994; Lugones 2003; Mohanty 2003a). In meinem Beitrag lote ich aus, inwiefern Einsichten aus dem zweiten Debattenstrang genutzt werden können, um die Möglichkeitsbedingungen von feministischer Solidarität empirisch zu untersuchen. Dafür untersuche ich zwei Bewegungstreffen in Peru, in denen Differenz nicht als aufzulösende Hürde, sondern als Bereicherung gesehen wurde. Ich

frage danach, wie in der Begegnung heterogener Akteur\_innen Differenz konkret konstruiert wird.

Beide Bewegungstreffen fanden 2014 in Perus Hauptstadt Lima statt: Es handelt sich zum einen um die V Diálogos entre Movimientos y Saberes (5. Dialoge zwischen Bewegungen und Wissen), in denen urbane Feminist\_innen, Frauen- und Anti-Bergbau-Bewegungen, Wissenschaftler\_innen und Künstler\_innen zusammentrafen. An den vier Tagen der Diálogos nahmen insgesamt 60 Personen teil, der Großteil aus Peru, den Andenstaaten und Brasilien, mit einigen Teilnehmer\_innen aus Mittelamerika, Europa und Afrika. Organisiert wurden die Diálogos vom Programa Democracia y Transformación Global (PDTG, Programm Demokratie und Globale Transformation), einem aktivistischen Kollektiv mit Sitz in Lima, das sich auf die Begleitung von und Wissensproduktion mit sozialen Bewegungen konzentriert. Die Diálogos sollten Kämpfe gegen Neoliberalismus, Extraktivismus und Patriarchat zusammenzuführen. Mit dem PDTG verbindet mich das kollaborativ angelegte Vorhaben, in grenzüberschreitenden Begegnungen dekolonisierende Praxen zu identifizieren. Ich war an der Planung, Durchführung und Evaluation der Diálogos beteiligt und übernahm neben Transkriptionsaufgaben auch Teile der Moderation (Leinius 2020).

Zum anderen untersuche ich das XIII Encuentro Feminista Latinoamericano y del Caribe (EFLAC, 13. Feministisches Lateinamerikanisches und Karibisches Treffen), an dem circa 1.400 Frauen vor allem aus Lateinamerika teilnahmen. Es ist Teil der seit den 1980er-Jahren stattfindenden regionalen Treffen, in denen um Identitäten, Diskurse und Praktiken der lateinamerikanischen Feminismen gerungen wird (Alvarez et al. 2003). Das Treffen in Lima zeichnete sich dadurch aus, dass die Organisator\_innen danach strebten, die Differenzen innerhalb der lateinamerikanischen feministischen Bewegungen in den Mittelpunkt der Debatte zu rücken. Es wurde hauptsächlich von Mitgliedern dreier peruanischer feministischer Nichtregierungsorganisationen (NGOs) – Centro de la Mujer Peruana Flora Tristán, Movimiento Manuela Ramos und Estudio para la Defensa de los Derechos de la Mujer (DEMUS) – organisiert, auch wenn der Prozess selbst offen und basisdemokratisch angelegt war. Ich nahm an den offenen Vorbereitungstreffen sowie einige Male auch an internen Arbeitsgruppentreffen teil und übernahm während des EFLAC selbst einige Transkriptionsaufgaben. Im Vergleich zu den Diálogos war ich jedoch weit weniger involviert.

Im Laufe meiner ethnographischen, engagierten Forschung<sup>2</sup> war ich insgesamt viermal für teilweise mehrere Monate in Peru und habe unter anderem 31 Interviews mit den Organisator\_innen und Teilnehmenden der beiden Treffen geführt. Meine Analyse beruht auf den von den Aktivist\_innen verfassten Berichten der beiden Treffen, weiteren Dokumenten aus den jeweiligen Bewegungskontexten, der Auswertung meines Feldtagebuchs und der kollektiven Evaluation der Treffen mit den Aktivist\_innen.

Meine Analyseperspektive auf diese beiden Bewegungstreffen speist sich aus der Debatte um Kosmopolitik in der Politischen Ontologie (Blaser 2013; de la Cadena 2010). Konkret schlage ich zwei, gleichermaßen analytische und politische, Konstellationen von Solidarität und Kosmopolitik vor: Während *kosmopolitische Soli-*

- Dhawan, Nikita/Castro Varela, Maria do Mar**, 2016: „What Difference Does Difference make?“ Diversity, Intersectionality and Transnational Feminist Politics. *Wagadu: A Journal of Transnational Women's and Gender Studies*. Special Issue, 16, 9-43.
- Fink, Elisabeth/Ruppert, Uta**, 2009: Postkoloniale Differenzen über transnationale Feminismen. Eine Debatte zu den transnationalen Perspektiven von Chandra T. Mohanty und Gayatri C. Spivak. *Femina Politica*. 18 (2), 64-74.
- Food Share**, 2019: Food Justice. Internet: <https://foodshare.net/about/food-justice/> (15.7.2019).
- Friedmann, Harriet**, 2007: Scaling up. Bringing Public Institutions and Food Service Corporations into the Project for a Local, Sustainable Food System in Ontario. In: *Agriculture and Human Values*. 24 (3), 389-398.
- Goodman, David/DuPuis, Erna Melanie/Goodman, Michael K.**, 2011: *Alternative Food Networks. Knowledge, Practice and Politics*. New York.
- Grewal, Inderpal/Kaplan, Caren** (Hg.), 1997: *Scattered Hegemonies. Postmodernity and Transnational Feminist Practices*. Minneapolis.
- Guthman, Julie**, 2008: „If only they knew“. Color Blindness and Universalism in California Alternative Food Institutions. In: *Professional Geographer*. 60 (3), 387-397.
- Hemmings, Clare**, 2012: Affective Solidarity: Feminist Reflexivity and Political Transformation. In: *Feminist Theory*. 13 (2), 147-161.
- Johnson Reagon, Bernice**, 1983: Coalition Politics. Turning the Century. In: Smith, Barbara (Hg.): *Home Girls. A Black Feminist Anthology*. New York, 356-368.
- Johnston, Josée/Cairns, Kate**, 2015: *Food and Femininity*. New York.
- Leinius, Johanna**, 2018: *The Cosmopolitics of Solidarity. A Postcolonial Feminist Discourse Analysis of Inter-Movement Encounters*. Dissertation Goethe-Universität Frankfurt 2017.
- Mohanty, Chandra Talpade**, 1984: Under Western Eyes. Feminist Scholarship and Colonial Discourses. In: *boundary 2*. 12 (3), 333-358.
- Probyn, Elspeth**, 1993: *Sexing the Self. Gendered Positions in Cultural Studies*. London, New York.
- Slocum, Rachel B./Saldanha, Arun**, 2013: *Geographies of Race and Food. Fields, Bodies, Markets*. London.

## Etwas stimmte nicht. Narrative Allianzen und retrospektive Zeug\*innenschaft

LAURA MOISI

Als Christine Blasey Ford im September 2018 vor dem US-Justizausschuss ihre Erinnerungen an eine versuchte Vergewaltigung durch den Supreme Court-Kandidaten Brett Kavanaugh schildert, verfolgen Millionen von Menschen ihre Zeug\*innenaussage. Sie wird live auf Handys gestreamt und auf Bildschirmen in öffentlichen Räumen gezeigt. Manche, die zuschauen, scheinen sich selbst an Ereignisse zu erinnern, die lange zurückliegen. Denn während der Anhörung vermeldet die nationale US-Hotline für Opfer sexualisierter Gewalt einen Anstieg der Anrufe

um 150%. Fords Schilderungen machen deutlich, dass Übergriffe und Berührungen, so intim sie sein mögen, ebenso wie die Möglichkeit oder Unmöglichkeit, sie abzuweisen, in einem politischen Zusammenhang stehen. Kritiker\*innen stellten immer wieder die Frage, warum sich Ford, so wie viele andere Überlebende sexualisierter Gewalt, die im Zuge von #MeToo ihre Erfahrungen öffentlich machten, *erst jetzt* zu Wort melden – und übersehen dabei den grundlegenden politischen Dissens, der sich in den Erinnerungen auf erzählerische Weise äußert. Dies soll im Folgenden anhand verschiedener Fallbeispiele argumentiert und aufgezeigt werden.

Fords Aussage kann im Anschluss an Sara Ahmed (2017, 32) als Form der retrospektiven Zeug\*innenschaft verstanden werden. In diesem Beitrag wird es mit Blick auf unterschiedliche Beispiele retrospektiver Zeug\*innenschaft um die Frage gehen, wie Schilderungen von sexualisierter Gewalt ins Zentrum queer-feministischer Solidarität rücken. Anhand verschiedener Textformen und Genres wie fiktionale und autobiografische Literatur, Dokumentarfilme und feministische Essays, gehe ich folgenden Fragen nach: Wie fordern literarische Auseinandersetzungen mit sexualisierter Gewalt das Verhältnis von Macht und Ohnmacht sowie von Affekt und Widerstand im Kontext intimer Gewalterfahrung heraus? Inwiefern taucht Erinnerungsarbeit dabei als spezifisch feministische Arbeit auf? Und wie verschieben sich im Zuge dessen Vorstellungen von kollektiven Allianzen? Im Anschluss an kulturwissenschaftliche Perspektiven auf Affekt und Geschlecht diskutiert der Beitrag gegenwärtige Neuaushandlungen von Solidarität. Im Blick stehen dabei zwar vordergründig unterschiedliche Formen und Modalitäten des Erzählens – autobiografische Zeugnisse, dokumentarisches Material, fiktionale Texte –, die Analyse behandelt diese Arten des Erzählens jedoch als Erscheinungsformen einer zugrundeliegenden narrativen Praxis performativer Wirklichkeitsbewältigung. Die Gemeinsamkeiten liegen dabei in der Problematisierung des Sprechens und Schreibens über erfahrene Gewalt. Was die untersuchten Textarten verbindet, so die dem Folgenden zugrunde liegende Annahme, liegt auf der Ebene der praktischen Wirksamkeit von Textproduktion und -rezeption im Hinblick auf Neukonfigurationen des Verständnisses sexualisierter Gewalt. Ich schließe mit dieser methodologischen Voraussetzung an jüngere kulturwissenschaftliche Arbeiten zu sexualisierter Gewalt an, insbesondere Nickie D. Phillips „Beyond Blurred Lines. Rape Culture in Popular Media“ (2017) und Carine Mardorossians „Framing the Rape Victim. Gender and Agency Reconsidered“ (2014).

Um narrative Aufarbeitungen von sexualisierter Gewalt als Aspekt von Neuaushandlungen von Solidarität zu fassen, gehe ich in folgenden Schritten vor: Zunächst behandle ich anhand unterschiedlicher biografischer Rückblicke die Frage, inwiefern retrospektive Zeug\*innenschaft als eminent politische Erinnerungsarbeit begriffen werden kann. Sodann untersuche ich, was es heute konkret bedeutet, Gewalt als Gewalt zu erkennen und als solche zu benennen. Anschließend entwickle ich am Beispiel von #MeToo das Konzept der narrativen Allianzen. Unter narrativen Allianzen werden die intersubjektiven Resonanzen verstanden, die zwischen unter-

# Kein einig Schwesternland. Über die bestehende Un-Einigkeit zwischen ost- und westdeutscher Frauenbewegung

JESSICA BOCK

## Einleitung

Die „Ostfrauen“ sind derzeit wieder in Mode. Nachdem das Interesse als Forschungs- und Diskursobjekt seit Beginn der 2000er Jahre nachgelassen hatte, stieg der Aufmerksamkeitspegel seit dem vergangenen Jahr wieder spürbar an. Feuilletons wie in der Wochenzeitung „Zeit“ jubeln „die Macht ist weiblich und ostdeutsch“ (Hähnig et. al. 2017, 12f.). Populärwissenschaftliche Bücher attestieren „Ostfrauen verändern die Republik“ (Brandes/Decker 2019). Pünktlich zum 8. März 2019 sendete der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) die dreiteilige Dokumentation „Ostfrauen“. In diesem Zusammenhang erschien die Studie „Ostfrauen – Wege zur Macht“, die belegt, dass unter den wenigen Ostdeutschen, die es in Führungspositionen geschafft haben, sich überproportional viele Frauen befinden (Jacobs/Schönherr 2019, 2). Die journalistischen Hohelieder auf die Ostfrauen als Avantgarde gipfelten jüngst in der Behauptung Jana Hensels, die Deutsche Einheit sei in der deutsch-deutschen Frauenbewegung geglückt:

Offensichtlich ist in den vergangenen Jahren im Feminismus das Beste aus beiden Welten zusammengekommen: die Strukturen, das Selbstbewusstsein und die gelebte Praxis aus dem Osten – und das Wissen, das Wollen und die Kampagnenfähigkeit aus dem Westen. [...] Die Frauen aus ganz Deutschland engagieren sich gemeinsam. Noch dazu hat der Westen keine Probleme mehr damit, in Emanzipationsfragen vom Osten zu lernen. Die Geschichte des neuen Feminismus gehört damit zu den schönsten und gelungensten Kapiteln unserer Wiedervereinigungsgeschichte. (Hensel 2018)

In den gegenwärtig sehr kontrovers geführten Ostdeutschlanddiskursen scheinen die Ostfrauen – anders als in den 1990er Jahren – diesmal auf der Gewinnerinnenseite der Geschichte zu stehen. Aus den ‚Wendeverliererinnen‘ wurden die ‚Wendegewinnerinnen‘. Doch was ist dran an der ‚Erfolgsgeschichte Ostfrauen-Bewegung‘? So sehr ich auch in die Freude Jana Hensels über einen ‚gesamtdeutschen Feminismus‘ einstimmen möchte, so habe ich an diesem Narrativ erhebliche Zweifel. Die vielfach beschriebenen und gegenwärtig wieder heftig diskutierten Unterschiede und Ungleichheiten zwischen Ost- und Westdeutschland betreffen auch den Feminismus und die Frauenbewegung.<sup>1</sup> Auch 30 Jahre nach der ‚Wiedervereinigung‘ be-

steht zwischen der ost- und westdeutschen Frauenbewegung kein einzig Schwesternland. Bis heute existieren zwischen beiden Bewegungen eine Un-Einigkeits- und ein Machtgefälle, das die westdeutsche Frauenbewegung zur Norm und die ostdeutsche Frauenbewegung<sup>2</sup> zur Anderen erklärt.

Diese ungleiche Beziehung werde ich am Beispiel der geteilten Bewegungsgeschichte nachzeichnen sowie auf deren Folgen eingehen.

### **Wem gehört die Frauenbewegung?**

„Wem gehört der Osten?“ überschrieb das MDR-Fernsehen provokativ eine dreiteilige Dokumentation, die sich den tiefgreifenden Umbrüchen der letzten 30 Jahre in Ostdeutschland widmet. Weitere Reihen dieses Formats fragen nach dem politischen Gefüge sowie der Repräsentanz von Ostdeutschen in politischen Führungspositionen in den neuen Bundesländern wie auch insgesamt in Deutschland und nach den wirtschaftlichen Transformationen und Ungleichverhältnissen.

Eine vergleichbare Dokumentation, die nach dem Verhältnis zwischen der ost- und westdeutschen Frauenbewegung fragt, gibt es derzeit leider noch nicht. Dabei wäre das Thema nicht minder spannend, lässt sich doch ebenso anhand der jüngsten Frauenbewegungsgeschichte über den gegenwärtigen Stand des Vereinigungsprozesses reflektieren und diskutieren. Allerdings lässt sich die Frage, „Wem gehört die Frauenbewegung?“, nicht so leicht beantworten. Untersuchungen über die Repräsentanz von Ost-Frauen in Führungsgremien und Vorständen großer Frauendachorganisationen, Redaktionen feministischer Medien und wissenschaftlichen Fachzeitschriften oder an den Lehrstühlen der Frauen- und Geschlechterforschung bzw. der Gender/Queer Studies fehlen. Es sind genau jene Orte, in denen frauenpolitische Interessensvertretung und feministische Arbeit sowie Forschung stattfindet, wo Frauen sich Gehör verschaffen und ihre Perspektiven einbringen, wo sie Themen setzen und Diskurse führen. Obgleich seit einigen Jahren wieder intensiv unter dem Stichwort „Intersektionalität“ über Dominanzverhältnisse und Mehrfachdiskriminierungen geforscht und auch innerhalb der Frauenbewegungen diskutiert wird, herrscht über das asymmetrische Verhältnis zwischen Ost- und Westfrauenbewegung ein merkwürdiges und beklemmendes Schweigen. Stattdessen wird vor allem im Feuilleton die gelungene Einheit zwischen Ost- und Westfrauenbewegung proklamiert – ohne jedoch dafür die entsprechenden Belege anzuführen. Doch warum sollte gerade zwischen den beiden Frauenbewegungen jener Prozess gelungen sein, während derzeit zwischen Ost- und Westdeutschland eine (erneute?) zunehmende Spaltung festgestellt wird?

Ein Blick in die bisherige Forschungsliteratur zeigt: In den vergangenen drei Jahrzehnten gab es vor allem in der historischen und soziologischen Geschlechterforschung kritische Reflektionen über das (Macht-)Verhältnis zwischen ost- und westdeutscher Frauenbewegung. Die Anlässe über den Grad der Annäherung zu reflektieren waren die runden Jahrestage des Epochenjahres 1989. Hierzu meldeten sich vor allem ostdeutsche Wissenschaftlerinnen und Publizistinnen zu Wort, wie

**Nickel**, Hildegard Maria, 2009: Zum 20. Jahrestag des Mauerfalls – Eine Bilanz aus ostdeutscher feministischer Perspektive. In: *Femina Politica* 18 (2), 107-111.

**o. A.**, 2019: FRAGEN Content. Internet: <https://institute-genderequality.org/frames-on-gender/fragen/> (16.02.2019).

**Pollmer**, Cornelius/**Rühle**, Alex 2019: In der Konfliktzone. In: *Die Süddeutsche Zeitung*, 06.02.2019, 8.

**Rohnstock**, Katrin (Hg.), 1994: *Stiefschwestern. Was Ost-Frauen und West-Frauen voneinander denken.* Frankfurt/M.

**Schmollack**, Simone: Sind Ostfrauen emanzipierter? In: *ZEIT-Online*, 26.9.2018. Internet: <https://www.zeit.de/kultur/2018-09/gleichberechtigung-frauen-ostdeutschland-westdeutschland-emanzipation-verstaendnis/komplettansicht> (16.06.2019).

**Šiklová**, Jiřina, 1992: Frauen und Politik. Konfrontation mit dem westlichen Feminismus. In: *L'Homme. Zeitschrift für Feministische Geschichtswissenschaft*, 3 (2), 81-87.

**Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V.** (Hg.), 2000: Trend Wende? Trennt Wende? Eine Ost-West-Annäherung. Editorial. In: *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis*, 23 (54), 5-6.

**Zimmermann**, Karin, 1991: *Die neue Frauenbewegung in der DDR. Zur Analyse von Chancen und Möglichkeiten einer sozialen Bewegung*, unveröffentlichte Diplomarbeit. Berlin.

## **„Der Osten“ als Teil „des Westens“ und „des Rests“. Eine unmöglich knappe Skizze der Potenziale Postkolonialer Theorien für eine Analyse „des Ostens“**

SANDRA MATTHÄUS

Vor zehn Jahren schrieb an dieser Stelle Hildegard Maria Nickel (2009). Thema ihrer Ausführungen war der Ost-West-Diskurs, für den auch im deutschen Feminismus u. a. narzisstische Kränkungen, gravierende Missverständnisse und vieles Unausgesprochene kennzeichnend gewesen seien, sowie die Frage, ob es insofern nicht an der Zeit für einen diskursiven Neuaufschlag wäre. Ich frage mich, ob dies passiert ist und wenn ja, mit welchem Erfolg. Mein Eindruck ist jedoch, dass Nickels Beschreibungen weder nur charakteristisch für den deutschen Feminismus waren, noch heute sehr viel anders zu formulieren wären. Die bezeichnenderweise sogenannte „Ost-West-Debatte“ scheint eine Art *perpetuum mobile* zu sein – seit 30 Jahren wird ein wissenschaftlicher und öffentlicher Diskurs geführt, der sich im Wesentlichen kaum verändert hat. Zeit also neue Wege zu gehen, andere Fragen zu stellen und einen „andere[n] Blick“ (Gümüşay 2013) auf „den Osten“ und somit auf das Verhältnis zwischen Ost und West und (Ost- und West?-)Deutschen mit sogenanntem Migrationshintergrund sowie in Deutschland lebenden Ausländer\*innen zu werfen.<sup>1</sup>

## Haben Ostfrauen heute noch einen nachweisbaren ökonomischen Vorteil gegenüber Westfrauen?

BRIGITTE YOUNG

Die Frage, ob Ostfrauen 30 Jahre nach der deutschen Vereinigung emanzipierter wären als Westfrauen oder ob dies einer Mythologisierung zuzuschreiben ist, erregt die Gemüter auf beiden Seiten nach wie vor. So hat der MDR eine dreiteilige Serie im März 2019 ausgestrahlt, die anhand von Interviews und Karrieren die Hypothese avancierte, dass gerade Ostfrauen das vereinigte Deutschland „wahrscheinlich mehr als jede andere gesellschaftliche Gruppe verändert haben“ (Hensel 2019). Den sichtbarsten Punkt dieser Feststellung stellte die sogenannte Elefantenrunde der Bundestagswahl 2017 dar, ausgestrahlt von der ARD. Drei Ostfrauen, nämlich Angela Merkel (CDU), Katrin Göring-Eckhardt (Bündnis 90/Die Grünen) und Katja Kipping (Die Linke) repräsentierten ihre Parteien in der Gesprächsrunde, während westdeutsche Männer (ohne westdeutsche Frauen) die restlichen Parteien vertraten.

Persönlich ist diese Debatte für mich eine Reise zurück zur Wendezeit. Nämlich, als US Social Science Research Stipendiatin 1989 an der FU-Berlin, wohnhaft in der Nähe des von der Mauer getrennten Potsdamer Platzes, genauer Stresemannstraße, wurde ich unmittelbar Zeugin von Prozessen, die kaum jemand vorhergesehen hatte. Zwar hatte ich bis dahin nie zu Frauen oder Gender wissenschaftlich gearbeitet oder Seminare zu diesem Thema belegt, außerdem war mein Stipendium an ein non-Gender Thema gebunden, mich interessierte aber die offensichtliche Realität, dass ein Staat von einem anderen vereinnahmt wird und dass aus zwei Staaten einer hervorgeht. In dieser Konstellation war es auch ein Faktum, dass „the East German feminists entered a political space that was already occupied by Western feminists“ (Young 1999, x).

Ob ostdeutsche Frauen ihre zentralen Erfahrungen als politische AkteurInnen in den neu entstandenen ostdeutschen Bewegungen und Parteien in das Westsystem einbringen konnten, bezweifelte ich auf Grund der übermächtigen männlichen Strukturen in der westdeutschen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und den Gewerkschaften. Deshalb auch die eher pessimistischen Titel meiner Veröffentlichungen „Triumph of the Fatherland. German Unification and the Marginalization of Women“ (Young 1999),<sup>1</sup> sowie auch der Artikel, „Nothing But Gloom: Women and Academia in the New Germany“ (1993). Meine Schlussfolgerung aus dieser Zeit lautete: „In fact, the unification process has given the West German conservatives, the means to roll back not only the social policies of the east, but also the feminist achievements in the west“ (1993, 63).

## Feminismus und Mütterlichkeit – ein Ost-West Thema?

JUDITH C. ENDERS

Es ist bekannt, dass sich die Situation der Frauen nach 1945 in Ost- und Westdeutschland unterschiedlich entwickelt hat. Es gibt verschiedene Frauen- und Männerbilder (vgl. Dölling 1993), es gibt eine abweichende Haltung zur Erwerbstätigkeit von Frauen (vgl. Heß 2010), es gibt ein differenziertes Verständnis von Ehe und Familie, es gab im Westen eine Frauenbewegung, im Osten ist man/frau sich in dem Punkt nicht ganz sicher (frühestens seit den 1980er-Jahren, vgl. Nave-Herz 1993). Es gibt andere (Frauen-)Vorbilder (vgl. Enders 2009) und andere Ansichten zu der Rolle von Frauen in Führungspositionen, es gibt ein unterschiedliches Selbstverständnis von Frauen in der Politik (vgl. Hampele 1993) und es gibt andere Ansichten zu Mutterschaft. All diese Aspekte sind mehr oder weniger ausführlich diskutiert und untersucht worden (vgl. Helwig/Nickel 1993). Ich möchte mich dennoch vor diesem Hintergrund dem Thema Mutterschaft (in Deutschland) annähern, um ein positiveres Bild von Mütterlichkeit zu unterstützen. Insbesondere die Versöhnung des Feminismus mit dem Thema Mutterschaft, und die dazu notwendige Sichtbarmachung des Themenfeldes ‚Mutter-Sein‘ im feministischen-wissenschaftlichen und praktischen Diskurs liegt mir am Herzen. Ich denke in diesem Beitrag darüber nach, wie die unterschiedliche Entwicklung der Frauenbewegung und des Feminismus in Ost- und Westdeutschland unter Berücksichtigung der Haltung zum nur ‚Frau-Sein‘ und zum auch ‚Mutter-Sein‘ beurteilt werden kann. Wohin haben sich die Differenzen 30 Jahre nach der friedlichen Revolution weiterentwickelt? Vor diesem Hintergrund und unter Berücksichtigung der heterogenen Gemengelage in Ost und West stelle ich die Frage, wie eine positive Deutung von Mütterlichkeit mit dem feministischen Diskurs verknüpft, und, wenn nötig, auch versöhnt werden kann.

### Feminismus nur für Frauen und nicht für Mütter?

Ich versuche hier einen neuen feministischen Blick auf Mutterschaft und ‚Mutter-Sein‘ anzuregen. Die kontroverse, widersprüchliche Lage der Mütter ist eine ständige gesellschaftliche Realität. Schauen wir auf die jüngere Geschichte, so hat Mutterschaft seit der Einführung und Erschwinglichkeit sowie weitreichender Akzeptanz (ausgenommen streng katholischer Kreise) familienplanerischer Methoden ihre Schicksalhaftigkeit verloren und ein großes Maß an Freiwilligkeit gewonnen. Keine Frau in Deutschland muss heute mehr unfreiwillig Mutter werden, auch wenn seit der Wiedervereinigung 1990 der §218 immer noch nicht abgeschafft ist und durch eine Fristenlösung wie beispielsweise in der DDR ersetzt wurde, aber immerhin entschieden „entschärft“ und damit nahezu außer Kraft gesetzt wurde. Stattdessen sind Themen wie unfreiwillige Kinderlosigkeit (früher eher ein Thema für

## TAGESPOLITIK

## Wer bestimmt über den weiblichen Körper? Worum es in der Auseinandersetzung um §219a StGB wirklich geht<sup>1</sup>

SARAH CLASEN

Nach langem Ringen wurde am 21. Februar 2019 die Reform des umstrittenen §219a Strafgesetzbuch (StGB), das Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche, im Deutschen Bundestag (2019) verabschiedet. Der Reform waren heftige politische und gesellschaftliche Debatten vorausgegangen, nicht nur um das Thema Informationsfreiheit, sondern vor allem über das generelle Recht auf körperliche Selbstbestimmung, das auch einen legalen Schwangerschaftsabbruch einschließt. Ausgelöst wurde die Debatte durch die Verurteilung der Gießener Allgemeinmedizinerin Kristina Hänel zu einer Geldstrafe in Höhe von 6.000€ wegen Verstoßes gegen den §219a StGB in der damaligen Fassung. Dieser verbietet, „öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreiten von Schriften seines Vermögensvorteils wegen oder in grob anstößiger Weise eigene oder fremde Dienste zur Vornahme oder Förderung eines Schwangerschaftsabbruchs oder Mittel, Gegenstände oder Verfahren, die zum Abbruch der Schwangerschaft geeignet sind, unter Hinweis auf diese Eignung“ anzubieten, anzukündigen, anzupreisen oder Erklärungen solchen Inhalts bekanntzugeben (§219a StGB alte Fassung).

Schon die Auflistung „Schwangerschaftsabbruch“ unter der Kategorie „medizinische Dienstleistungen“ auf der Homepage der Gießener Ärztin und die Möglichkeit für Patient\*innen, auf Anfrage weitere Informationen zugesandt zu bekommen, hatte der Gießener Richter\*in zur Verurteilung genügt. Die Zahl der Anzeigen gegen Ärzt\*innen, die Schwangerschaftsabbrüche in ihrem medizinischen Leistungsverzeichnis öffentlich zugänglich aufführen, ist seit dem Urteil deutlich gestiegen. Die Bundesländer sind zwar nach §13 Abs. 2 Schwangerschaftskonfliktgesetz (SchKG) dazu verpflichtet, ein ausreichendes Angebot an ambulanten und stationären Möglichkeiten für Schwangerschaftsabbrüche vorzuhalten. De facto ist die Anzahl der Einrichtungen und Ärzt\*innen seit 2003 um 40% zurückgegangen (ZeitOnline 2018). Die Reform des §219a StGB ändert an der prekären Gesamtsituation nichts und enttäuscht die Verfechter\*innen einer Streichung des Paragraphen. Sie hat drei Neuerungen zur Folge: (1) Ärzt\*innen dürfen zukünftig öffentlich darüber informieren, dass sie Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. (2) Weitere Informationen wie z.B. die Art der angebotenen Methode oder die Kosten sollen auf einer von der Bunde-

## Genderdiskurse im deutschen Europawahlkampf 2019: Zwischen feministisch-demokratischem Aufbruch und rechtsautoritärer Aushöhlung

HENRIKE BLOEMEN. GABRIELE WILDE

„(D)er ganz große Rechtsruck ist ausgeblieben“, schreibt SpiegelOnline (2019) am Morgen nach der Europawahl; auch ZeitOnline (2019) titelt: „Grüne und Liberale gewinnen hinzu – Rechtsruck in Europa bleibt aus“. Doch ist die optimistische Einschätzung für „ein Europa der Gleichberechtigung“ (Bündnis90/Grüne 2019, 98) und gegen eine rechtsautoritäre „Aushöhlung demokratischer (Geschlechter-)Verhältnisse (Graf/Schneider/Wilde2017, 71) tatsächlich berechtigt? Zweifel ergeben sich vor allem mit einem feministisch-poststrukturalistischen Demokratieverständnis (Wilde 2014). Problematisch ist demnach weniger die aktuelle Sitzverteilung der europäischen Parteifamilien<sup>1</sup>, sondern der Genderdiskurs in den nationalen Gesellschaften, der in den neuen Kräfteverhältnissen im Europäischen Parlament (EP) repräsentiert wird. Auf dem Spiel steht ein symbolisch-politischer Öffentlichkeitsraum, in welchem Konflikte, die aus gesellschaftlichen Macht- und Ungleichheitsverhältnissen und geschlechtsspezifischen Benachteiligungen entstehen, thematisiert und infrage gestellt werden können. Unsere Untersuchung<sup>2</sup> des deutschen Europawahlkampfes anhand der Programme und Kampagnen zeigt, wie der autoritär-rechtspopulistische Diskurs mit einem dezidierten Bezug auf die Differenzkategorie Geschlecht und politische Kulturen der Repräsentation und Partizipation diesen öffentlich-politischen Raum erneut verengt und die Entgegensetzung von Privatheit und Öffentlichkeit verfestigt.

Die Begrenzung und Verengung der politischen, pluralen Öffentlichkeit als einen „konflikträchtigen Raum“ (Ranciere 2019, 15) gelingt, indem sich der autoritäre Geschlechterdiskurs europaweit sehr viel stärker den Wähler\*innen als Schutzmacht nationaler Identität anbietet und in Kombination mit einer ‘natürlichen’ Geschlechter- und Familienordnung die Entpolitisierung geschlechtlicher Machtverhältnisse forciert. Die Forderungen im Wahlprogramm der Partei Alternative für Deutschland (AfD) und seitens ihres Kandidaten reichen von einer harschen Zurückweisung der Geschlechterdifferenz als soziales und politisches Konstrukt, der Ablehnung der Gleichstellung als „einseitige, geschlechterspezifische Förderung“ (AfD 2019, 74) und von Gender-Mainstreaming (ebd., 73f.) bis hin zur Beendigung der staatlichen Förderung der Gender Studies, des Gender Budgeting wie auch der Frauenquote. Als Maßnahmen, die eine Gleichstellung erzwingen, „die Frauen auch nicht gut tut“ (ebd., 73), sind sie als Bestandteile einer „Gender-Ideologie“ (ebd., 73) verpönt, welche biologische Unterschiede leugne, „verbunden mit der Behauptung, dass Geschlechter nur soziale Konstrukte seien“ (ebd., 74). Einher geht damit ein Verständnis von Gleichberechtigung, das sich im Sinne von Chancengleichheit allenfalls mit der

**SPD**, 2019: Kommt zusammen und macht Europa stark. Wahlprogramm für die Europawahl am 26. Mai 2019. Internet: [https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Europa\\_ist\\_die\\_Antwort/SPD\\_Europaprogramm\\_2019.pdf](https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Europa_ist_die_Antwort/SPD_Europaprogramm_2019.pdf) (18.6.2019)

**SpiegelOnline**, 2019: Den Großangriff der Rechtsnationalen abgewehrt. Pressestimmen zur Europawahl, 27.5.2019. Internet: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/europawahlen-pressestimmen-den-grossangriff-der-rechtsnationalen-abgewehrt-a-1269430.html> (15.6.2019).

**Warnecke**, Tilmann, 2019: Grüne: Mehr zu Gender forschen. Der Tagesspiegel v. 05.08.2019. Internet: <https://www.tagesspiegel.de/wissen/hochschule-gruene-wollen-geschlechterforschung-staerken/24872340.html> (15.6.2019).

**Weber**, Manfred, 2019: Treffen mit den Spitzenkandidaten: Manfred Weber. Internet: <https://www.arte.tv/de/videos/087181-441-A/treffen-mit-den-spitzenkandidaten-manfred-weber/> (15.6.2019).

**Wilde**, Gabriele, 2014: Der Kampf um Hegemonie. Potentiale radikaler Demokratie aus Geschlechterperspektive. In: Zeitschrift für Politische Theorie. 5 (2), 203-216.

**ZeitOnline**, 2019: Grüne und Liberale gewinnen hinzu – Rechtsruck in Europa bleibt aus. Live-Blog zur Europawahl, 26.5.2019. Internet: <https://www.zeit.de/politik/2019-05/europawahl-2019-eu-parlament-liveblog/#/eu> (15.6.2019).

## Ursula von der Leyen als EU-Kommissionspräsidentin – ein gleichstellungspolitischer Erfolg? Zwei Positionen

Anfang Juli 2019 wurde die bisherige deutsche Verteidigungsministerin, Ursula von der Leyen, überraschend vom Europäischen Rat als Kandidatin für das Amt der Präsidentin der Europäischen Kommission nominiert (vgl. ausführlich *Süddeutsche Zeitung*, 6./7.7.2019, 12). Nach einer kurzen Werbetour für ihre Person wurde von der Leyen am 16. Juli 2019 vom Europäischen Parlament mit 383 Ja-Stimmen, nur neun Stimmen über der erforderlichen Mehrheit, gewählt. Erstmals wird damit eine Frau der mächtigen Behörde der Europäischen Union (EU) vorstehen und deren Geschicke bis 2024 bestimmen. Wie ist diese Nominierung, wie ist ihre Wahl einzuschätzen? Was ist von einer Kommissionspräsidentin von der Leyen zu erwarten? Ist diese Personalie ein gleichstellungspolitischer, gar ein feministischer Erfolg? Hier auf zwei unterschiedliche Sichtweisen.

### The EU Elects a Feminist Leader

ANGELIKA VON WAHL

In July 2019, the European Parliament elected Ursula von der Leyen the new president of the European Union Commission. The Commission is the executive arm of the EU, an entity that affects the day-to-day life of over 500 million people. With the election of von der Leyen as president, the EU will be led by a woman for the first

## Kämpfe gegen die Enteignung natürlicher Ressourcen – (k)ein feministisches Thema?

CHRISTINE LÖW

Der Supreme Court Indiens hat am 13. Februar 2019 verfügt, Waldbewohner\*innen auszuweisen bzw. umzusiedeln, deren Besitzansprüche auf Wälder nach dem „Scheduled Tribes and Other Traditional Forest Dwellers (Recognition of Forest Rights) Act“ (kurz FRA) von 2006 rechtlich nicht anerkannt wurden. Diese Vertreibungen von mehr als einer Million Menschen sollten innerhalb der nächsten vier Monate stattfinden. Nach Protesten von Waldbewegungen und zivilgesellschaftlichen Kräften wurde die Verfügung am 28. Februar 2019 ausgesetzt und eine Anhörung für den 24. Juli 2019 angeordnet.<sup>1</sup> Dies brachte zwar für die Betroffenen einen Aufschub, jedoch sei die Gefahr einer Zwangsräumung nicht gebannt (AIFFM 2019). Auf Großdemonstrationen wurde zur Verteidigung der Wälder, ihrer Bewohner\*innen und des FRA aufgerufen (CSD 6.3.2019). Frauen der Adivasi<sup>2</sup> und weitere waldbhängige Frauen (Viehhirtinnen, Bäuerinnen) beteiligen sich an den Protesten. Sie kämpfen für demokratische Rechte, Würde und Freiheit für eine mit der Waldlandschaft verbundene Lebensweise. Zugleich muss ihr Widerstand auch als Nein gegen die patriarchale kolonial-rassistische<sup>3</sup> Orientierung des indischen Staates, seiner Institutionen und hegemonialer Modelle ‚nationaler Entwicklung‘ verstanden werden.

### Die lange Kontinuität der Wald-Kämpfe

Wald ist seit langem ein Politikum: Schon unter britischer Kolonialherrschaft (1850-1946) war Holzwirtschaft ein lukratives Geschäft. Die 1864 eingesetzten Forstbehörden priorisierten die Nutzung von Wald als Holzlieferant und missachteten die Land- bzw. Eigentumsrechte der überwiegend in Wäldern lebenden indigenen Gemeinschaften. Auch ihre Expertise in Bezug auf das komplexe Ökosystem Wald, dessen nachhaltige Nutzung und Bewahrung, die Erhaltung biologischer Vielfalt sowie die Verbindungen zu Bodenqualität, Wasserhaushalt und Klimaregulierung wurde nicht anerkannt. Vielmehr wurden Adivasis als Eindringlinge begriffen, die schädlich sind für Wald bzw. Waldschutz. Der indische *Forest Act* von 1878 legalisierte die einseitige Funktion von Waldbewahrung (conservation) für kommerzialisierten Holzschlag, die gleichbedeutend war mit der Enteignung von Waldbewohner\*innen, indem existierende Gewohnheitsrechte, Normen sowie Praktiken hinsichtlich des Zugangs zu Wald und Ressourcen ignoriert wurden (Bose/Arts/van Dijk 2012). Auch der *Forest Conservation Act* (1980) reduziert Wald auf seinen wirtschaftlichen Nutzen und marginalisiert bzw. kriminalisiert die Nutzungsrechte von Waldbewohner\*innen und ihr bewährtes Ressourcenmanagement. Bis heute dominiert ein enges Erhaltungskonzept, das die Aufzucht, Pflege und Bewahrung von Wäldern losgelöst von den in, von und mit ihnen lebenden